

Forschungsbefunde zum Rechtsextremismus

Albert Scherr

Im folgenden sollen Ergebnisse der Forschung zum Themenkomplex »Jugend und Rechtsextremismus« zusammengefaßt, also der Stand des verfügbaren Wissens dargestellt werden (vgl. dazu Eckert u.a. 1996; Jaschke 1994; Scherr 1996). Dies ist ersichtlich keine leichte Aufgabe, denn inzwischen liegt auch eine für Insider kaum mehr überschaubare Fülle an empirischen Studien und mit diesen mehr oder weniger gut übereinstimmenden theoretischen Erklärungen vor. Vor diesem Hintergrund können hier nur ausgewählte Aspekte entfaltet werden, und die vorgenommene Auswahl ist einleitend knapp zu begründen.

Das wohl einflußreichste Deutungsangebot der neueren Forschung über Jugend und Rechtsextremismus stellt die individualisierungstheoretische Interpretation dar, wie sie vor allem von Heitmeyer (insbesondere Heitmeyer 1987 und 1992) entwickelt wurde. Diese wurde wissenschaftlich und massenmedial breit rezipiert, und selbst der aktuelle Verfassungsschutzbericht schlägt vor, Individualisierung als einen auslösenden Faktor für rechtsextreme Tendenzen zu fassen (Bundesamt für Verfassungsschutz 1998, S. 3). Gleichwohl werde ich mich im weiteren nicht näher mit dem Individualisierungstheorem und daraus abgeleiteten Deutungen des Rechtsextremismus befassen (siehe dazu Scherr 1996; 1998). Dies hat vor allem zwei Gründe: Erstens kann davon ausgegangen werden, daß diese innerhalb der Fachöffentlichkeit bekannt sind und nicht erneut dargestellt werden müssen. Zweitens hege ich erhebliche Zweifel an ihrer theoretischen Tragfähigkeit und empirischen Fundierung. Die theoretische und methodische Kritik an den von Heitmeyer u.a. vorgelegten Studien kann ich hier nicht entfalten (siehe etwa Bommers/Scherr 1992). In Übereinstimmung mit Eckert, Willems und Würtz (1996, S. 155 f.) scheint es mir jedoch wesentlich plausibler, jugendlichen Rechtsextremismus in Zusammenhang mit der Integration Jugendlicher in »lokale Milieus« und darin verankerte ablehnende Haltungen gegen die »kosmopolitische ›Zumutung‹ von Zuwanderung« (ebd., S. 157) zu sehen denn als Folge von Individualisierung und Erosionsprozessen sozialer Milieus.

Zudem legt die Individualisierungstheorie, so wie sie zunächst von Beck (1986) dargelegt wurde, nahe, Probleme der Gegenwartsgesellschaft nicht länger mit den Mitteln soziologischer Ungleichheitstheorien zu analysieren, sondern als vermeintlich »jenseits von Klasse und Stand« angesiedelte Schwierigkeiten der Lebensführung. Damit aber werden meines Erachtens für ein angemessenes Verständnis des gegenwärtigen Rechtsextremismus zentrale Zusammen-

hänge ausgeblendet beziehungsweise in den Hintergrund gedrängt. Ich teile demgegenüber die Einschätzung Jaschkes (1994, S. 181), daß der »Zusammenhang von sozialer Ungleichheit und Ethnisierung« auf zentrale Entstehungsbedingungen des neueren Rechtsextremismus verweist. Ein Kernelement des Rechtsextremismus ist die Vorstellung, daß es erlaubt und geboten sei, nach ethnischen und nationalen Kriterien unterschiedene Menschengruppen ungleich zu behandeln. Und am Begriff des Rassismus orientierte Theorien haben wiederkehrend darauf hingewiesen, daß sich Fremdenfeindlichkeit insbesondere gegen solche Fremde richtet, die auf die unteren Positionen im Gefüge sozialer Ungleichheit verwiesen sind. Zugleich sind die Akteure und Sympathisanten des jugendlichen Rechtsextremismus keineswegs gleichmäßig über die sozialen Klassen, Schichten und Milieus verteilt. Insofern kann man Horkheimer paraphrasierend formulieren: Wer über soziale Ungleichheit nicht reden will, sollte über Rechtsextremismus schweigen.

Vor diesem Hintergrund habe ich mich entschieden, in diesem Beitrag den Akzent auf Aspekte des Zusammenhangs von sozialer Ungleichheit, sozialer Ausgrenzung und jugendlichem Rechtsextremismus zu legen. Anbieten werde ich ein Erklärungsmodell, das verständlich macht, weshalb rechtsextreme Orientierungen in besonderer Weise für solche Jugendliche attraktiv sind, die sich als sozial benachteiligt beziehungsweise als reale oder potentielle Opfer von Prozessen gesellschaftlicher Modernisierung und sozialer Deklassierung empfinden.

1. Rechtsextremismus als antimodernistischer Protest

Den folgenden Überlegungen liegt die soziologische Annahme zugrunde, daß die Entwicklung des neueren Rechtsextremismus als eine politische Reaktion auf als bedrohlich wahrgenommene gegenwärtige und erwartete künftige Folgen des Prozesses der gesellschaftlichen Modernisierung, insbesondere auf den Funktionswandel des Nationalstaates in Zeiten der Globalisierung, auf die Veränderung der Arbeitsmärkte und die Krise des Sozialstaates, zu begreifen ist (siehe dazu insbesondere Hennig in Heitmeyer 1997; Vester 1997). Der aktuelle Rechtsextremismus stellt sich so betrachtet als eine antimodernistische Ideologie dar, die bezogen auf verschiedene Aspekte des Prozesses der Modernisie-

Jugendgewalt, insbesondere wenn sie rechtsextrem oder rassistisch motiviert erscheint, löst im allgemeinen Unverständnis aus. Dabei fehlt es, wie Albert Scherr in diesem Beitrag zeigen kann, nicht an Wissen um die Gründe und Ursachen rechtsextremer Orientierungen und gewalttätiger Männlichkeit bei Jugendlichen. Hat man als Beweggründe statt Werteverfall und Orientierungslosigkeit erst einmal Erfahrungen der Randständigkeit ausgemacht, kann man vom Moralisieren zu problemorientierten Umgangsweisen übergehen.

»Nimmt man Rechtsextremismus als ein politisches Phänomen ernst, reduziert ihn also nicht auf eine sozialpsychologisch zu erklärende irrationale Protesthaltung irgeleitet, desorientierter, individualisierter oder autoritär strukturierter Jugendlicher, dann gilt es zu klären, warum und für wen diese Versprechungen attraktiv sind«

rung moderner Gesellschaften die Forderung etabliert, daß diese aufgehoben beziehungsweise rückgängig gemacht werden sollen und können (vgl. *Gessenharter 1998; Minkenberg 1998*). Bereits *Parsons (1942/1964)* hatte in seiner Analyse der gesellschaftlichen Ursachen des Nationalsozialismus dargelegt, daß dieser auf »weitverbreitete Unsicherheit« (ebd., S. 273) reagierte, die durch die hohe Geschwindigkeit gesellschaftlicher Veränderungen begründet war, damit einhergehende Ängste politisch mobilisierte und gegen diejenigen gesellschaftlichen Gruppen wendete, die als verantwortlich für den als bedrohlich wahrgenommenen Wandel dargestellt wurden. Heute – so könnte man in Anschluß an *Parsons* argumentieren – sind es nicht mehr Juden und Kommunisten, sondern Ausländer, insbesondere Asylsuchende, die im Diskurs des Rechtsextremismus als Symbol für die bedrohlichen Aspekte der gesellschaftlichen Veränderungsdynamik eingesetzt werden.

Ein erstes Indiz für die skizzierte These sind die Selbstinszenierungsformen rechter Jugendsubkulturen, deren Symbolik sich als eine demonstrative Ablehnung der Normen der modernisierten aufstiegsorientierten und bildungsbürgerlichen Milieus interpretieren läßt (siehe *Bommers/Scherr 1992*). Modernisierung wird aber auch im Kontext des politisch organisierten Rechtsextremismus – vor allem unter folgenden Gesichtspunkten – als Bedrohung dargestellt:

- a) als Bedrohung durch Einwanderer, die als illegitime Konkurrenten um Arbeitsplätze und Sozialeistungen dargestellt werden;
- b) als Bedrohung der kulturellen Grundlagen der Gesellschaft durch Einwanderer als Träger einer anderen Kultur;
- c) zuletzt als unmittelbare Bedrohung der eigenen Sicherheit durch sog. »Ausländerkriminalität«.

Ein zentrales Versprechen des Rechtsextremismus ist vor diesem Hintergrund das des Schutzes der deutschen Bevölkerung vor der als bedrohlich wahrgenommenen Modernisierung moderner Gesellschaften durch die Ausgrenzung von Nicht-Deutschen aus dem Arbeitsmarkt und den Leistungen des Sozialstaates, durch Verhinderung der Entstehung einer multikulturellen Gesellschaft mittels einer aggressiven Verteidigung nationaler Identität (siehe *Gessenharter 1998*) sowie durch »entschlossene« Kriminalitätsbekämpfung. Nimmt man Rechtsextremismus als ein politisches Phänomen ernst, reduziert ihn also nicht auf eine sozialpsychologisch zu erklärende irrationale Protesthaltung irgeleitet, desorientierter, individualisierter oder autoritär strukturierter Jugendlicher, dann gilt es zu klären, warum und für wen diese Versprechungen attraktiv sind.

2. Zur Methodologie sozialwissenschaftlicher Erklärungen von jugendlichen Rechtsextremismen

Für die weitere Argumentation sind zur Vermeidung von Mißverständnissen drei methodologische Hinweise unverzichtbar.

(1) Die im folgenden vorgenommene Akzentuierung auf den Zusammenhang von sozialer Ungleichheit und jugendlichem Rechtsextremismus schließt *nicht* die – auch empirisch unzutreffende – Annahme ein, daß Rechtsextremismus ausschließlich ein Phänomen ist, dessen soziale Basis im weitesten Sinne sozial Benachteiligte bilden. Zahlreiche sozialwissenschaftliche Studien haben in den 80er und 90er Jahren nachgewiesen, daß der neuere Rechtsextremismus, der zunächst in den Wahlerfolgen der Republikaner,

dann in der Welle von Brandanschlägen gegen Flüchtlingsunterkünfte sichtbar wurde, auf einen »Extremismus der Mitte« verweist (siehe *Eckert/Willems/Würtz 1996; Silbermann/Hüßers 1995*), der in der »Dominanzkultur« (*Rommel-spacher 1994 und 1995*) beziehungsweise einer Haltung des »Wohlstandschauvinismus« verankert ist. Darüber hinaus muß zur Kenntnis genommen werden, obwohl dies eine unbequeme Einsicht ist, daß ein Kernelement des gegenwärtigen Rechtsextremismus, die Darstellung von Einwanderern als »gefährliche Fremde«, vor denen »wir« uns schützen müssen, keineswegs ein Spezifikum der extremen Rechten war und ist, das diese von den etablierten politischen Parteien unterscheidet. Vielmehr waren und sind es auch die etablierten politischen Parteien, insbesondere die CDU und die SPD, sowie die Massenmedien, die zunächst im Kontext der Asyldebatte, gegenwärtig vor allem in der Auseinandersetzung über sogenannte »Ausländerkriminalität« erheblich dazu beitragen beziehungsweise beigetragen haben, daß eine Wahrnehmung von Einwanderern als bedrohliche Fremde zu einem Bestandteil der dominanten politischen Kultur wurde (siehe etwa *Jäger/Link 1993*). Zu Beginn der 90er Jahre vollzog sich, worauf zuerst *Leggewie* (in: *Der Spiegel* Nr. 43/1991) hinwies, ein Tabubruch in der politischen Kultur der Bundesrepublik: Fremdenfeindlichkeit wurde zu einer gesellschaftlich erlaubten, sozial akzeptierten Haltung. Damit wurden und werden Denkweisen und Argumente bereitgestellt, die es rechtsextremen Positionen erlauben, sich als die konsequentere Lösung eines Problems darzustellen, in dessen Beschreibung sie einen verbreiteten Konsens voraussetzen können. Rechtsextremismus ist so betrachtet als Zuspitzung und Radikalisierung einer gesellschaftlich verbreiteten und weithin akzeptierten Fremdenfeindlichkeit zu analysieren. Auch deshalb kann »jugendlicher Rechtsextremismus« nicht sinnvoll als ein isoliertes Phänomen betrachtet werden, sondern nur im Kontext seiner gesellschaftlichen Bedingungen.

(2) In der Forschung über Jugend und Rechtsextremismus liegt eine Reihe von Studien vor, die soziale und sozialpsychologische Bedingungen aufzuzeigen versuchen, welche in einem ursächlichen Zusammenhang mit Rechtsextremismus stehen. Hingewiesen wird dort insbesondere auf sozialpsychologisch zu deutende Zusammenhänge von Rechtsextremismus und Autoritarismus (*Oesterreich 1993; Lederer/Schmidt 1995*), Rechtsextremismus und Individualisierung (*Heitmeyer 1989 und 1992*), Rechtsextremismus und Geschlechtsidentität (*Birsl 1995*). Diese Studien und die Tragfähigkeit ihrer Aussagen sind hier nicht im einzelnen zu diskutieren (siehe *Scherr 1996*). In ihnen wird, und allein darauf ist hier hinzuweisen, erneut deutlich, daß angemessene sozialwissenschaftliche Interpretationen das politische und soziale Handeln von Individuen, also auch Rechtsextremismus, nicht hinreichend als einen Effekt äußerer Lebensbedingungen und auch nicht als einen Effekt charakterlicher Dispositionen fassen können, sondern daß auch hier ein sinnverstehender Zugang erforderlich ist, der Begründungen und Rechtfertigungen rechtsextremer Überzeugungen nicht ignoriert, sondern rekonstruiert. Das heißt: Sozialwissenschaftliche Analysen sind darauf verwiesen, verständlich zu machen, weshalb es sich für Individuen im Kontext ihrer je konkreten Lebenssituation als subjektiv sinnvoll und rational sowie als moralisch erlaubt darstellen *kann*, rechtsextrem zu sein. Denn objektive Lebensbedingungen und sozialisatorische Prozesse legen grundsätzlich nicht fest, wie man sich selbst zu ihnen verhält, welche Folgerungen man aus Erfahrungen zieht. Deshalb ist es analy-

tisch erforderlich, den subjektiven Sinn rechtsextremer Orientierungen und Praktiken möglichst präzise zu rekonstruieren, wenn man verstehen will, was das Problem ist und welche Möglichkeiten für politische und pädagogische Interventionen gegeben sind.

(3) Dabei kann auch drittens nicht unterstellt werden, daß den heterogenen Erscheinungsformen des Rechtsextremismus jeweils eine einheitliche und singuläre Ursache zugrunde liegt, sondern gleiche politische Orientierungen können für Individuen und soziale Gruppen aus ganz unterschiedlichen Gründen attraktiv sein. Sozialwissenschaftlich zu erforschen sind also jugendliche Rechtsextremisten in ihren jeweiligen sozialen Kontexten, nicht »der Rechtsextremismus« und seine Ursache.

3. Jugendlischer Rechtsextremismus und die soziokulturelle Entfremdung der Modernisierungsverlierer

Rechtsextremismus ist, wie erwähnt, nicht hinreichend als unmittelbare Folge beziehungsweise als direkter Ausdruck ökonomischer Benachteiligung erklärbar. Denn fremdenfeindliche und rechtsextreme Orientierungen lassen sich in allen sozialen Schichten nachweisen, und es liegen auch keine linearen und deutlich ausgeprägten Korrelationen etwa zwischen der Höhe des erzielten Einkommens und dem Auftreten rechtsextremer Orientierungen vor (siehe *Silbermann/Hüsers* 1995, S. 63). Aber es ist – vor dem Hintergrund des Standes der empirischen Forschung – auch nicht sinnvoll zu bestreiten, daß rechtsextreme Politikangebote eine überdurchschnittliche Resonanz bei denjenigen Jugendlichen und Erwachsenen erzielen, die man mit einem unscharfen Begriff als »Modernisierungsverlierer« bezeichnen kann, derjenigen also, die die relativen Verlierer der sich vollziehenden Veränderungen der Arbeitsmärkte, der Qualifikationsstruktur sowie der Internationalisierung beziehungsweise Globalisierung von Ökonomie und Kultur sind. Dazu zunächst einige Hinweise aus der empirischen Forschung:

- *Vester* (1997, S. 166) kommt in seiner Analyse der politischen Milieus in der Bundesrepublik zu dem Ergebnis, daß »der Kern feindseliger Einstellungen gegen Ausländer« sozialstrukturell seinen Ort in den sozialen Milieus der Deklassierten und Neu-Deklassierten hat, derjenigen Milieus also, denen überwiegend Personen angehören, die von akademischer Bildung, qualifizierter und gut bezahlter Arbeit ausgeschlossen sind.
- Eine neuere Repräsentativstudie zeigt auf, daß es zwar nur sehr schwache statistische Zusammenhänge zwischen Einkommen, Einkommenszufriedenheit und Rechtsextremismus gibt und keine Zusammenhänge zwischen Arbeitslosigkeit und Rechtsextremismus; *Silbermann/Hüsers* (1995, S. 49) weisen in den Daten dieser Studie jedoch nach, »daß stärkere Grade fremdenfeindlicher Einstellungen häufiger in Bevölkerungsgruppen niedriger Bildungsabschlüsse vorhanden« sind – aber auch bei den über ein Hochschulstudium verfügenden Befragten höher liegen als im Durchschnitt (ebd.).
- *Ueltzhöffer* (in der FR vom 16.3.1993) faßt die Ergebnisse einer 1992 in Berlin durchgeführten Untersuchung wie folgt zusammen: »Die Untersuchungen der ›Forschungsgruppe Wahlen‹ zeigen ... einen massiven Zusammenhang zwischen Ausländerfeindlichkeit und Bildungsgrad, vor allem bei Jugendlichen in Ostdeutschland.« Er interpretiert diese als Anzeichen einer »Verjüngung« und »Proletarisierung« der sozialen Basis des Rechtsextremis-

mus. Auch *Hennig* (in *Heitmeyer* 1997, S. 11) kommt in seiner Analyse der Hamburger Bürgerschaftswahl zu dem Ergebnis, daß Republikaner und DVU vor allem in solchen Stadtteilen gute Ergebnisse erzielten, in denen der Anteil an Abiturienten relativ gering ist.

- Im Kontext der ALLBUS-Umfrage 1996 erhobene Daten über fremdenfeindliche Einstellungen deuten darauf hin, daß Jugendliche nicht stärker, sondern geringer fremdenfeindlich sind als Erwachsene, zeigen aber eine deutliche Korrelation von Fremdenfeindlichkeit und formalem Bildungsniveau auf.
- Die Analyse der Forschungsgruppe Wahlen zu den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt (*Forschungsgruppe Wahlen* 1998) weist nach, daß die DVU bei den 18 bis 24jährigen mehr Stimmen erhielt als SPD, CDU und Grüne zusammen, und daß sie insbesondere bei den Arbeitern überproportional viele Stimmen erhielt. 54 % ihrer Wähler sind Arbeiter (ebd., S. 22) und 95 % der DVU-Wähler bewerten Arbeitslosigkeit als das zentrale Problem des Landes (ebd., S. 55).

Wie sind nun solche Zusammenhänge von rechtsextremen beziehungsweise fremdenfeindlichen Äußerungen in Meinungsumfragen und dem Wahlverhalten mit dem formalen Bildungsniveau und beruflichen Status zu erklären? Anders gefragt, was macht es für formal gering Gebildete in besonderer Weise attraktiv, rechtsextrem zu wählen oder sich fremdenfeindlich zu äußern? Auf diese Frage werde ich im weiteren zwei Antworten anbieten: *Erstens* werde ich auf der Grundlage einer von mir durchgeführten qualitativen Jugendstudie (*Scherr* 1995), die weitgehend mit den Ergebnissen einer quantitativen Jugendstudie einer Tübinger Forschungsgruppe (*Held u.a.* 1992 und 1994) übereinstimmt, aufzeigen, daß hier eine Wahrnehmung von Migranten, aber auch von Sozialhilfeempfängern als »Sozialparasiten« zugrunde liegt, auf deren Grundlage Grenzen der legitimen gesellschaftlichen Teilhabe definiert werden. *Zweitens* werde ich mit dem Blick auf die rechtsextreme Jugendsubkultur argumentieren, daß es sich hier um eine demonstrative Ablehnung von Modernisierungszumutungen handelt, die im Rechtsextremismus eine spezifische Artikulationsform findet.

Dabei gehe ich davon aus, daß man das formale Bildungsniveau insbesondere bei Jugendlichen als einen geeigneten Indikator für die Gruppe der Modernisierungsverlierer verwenden kann. Denn für Jugendliche kommt die gesellschaftliche Modernisierung unmittelbar in gestiegenen Anforderungen an ihre formale Bildung zum Ausdruck, als Entwertung niederer formaler Bildungsabschlüsse beziehungsweise als Zwang, einen höheren Abschluß zu erwerben, wenn überhaupt die Chance auf eine berufliche Karriere bestehen soll. In Schulen und Ausbildungsgängen wird so die gesellschaftliche Positionszuweisung sichtbar und erfahrbar, lernen Jugendliche, welche gesellschaftliche Position für sie vorgesehen ist.

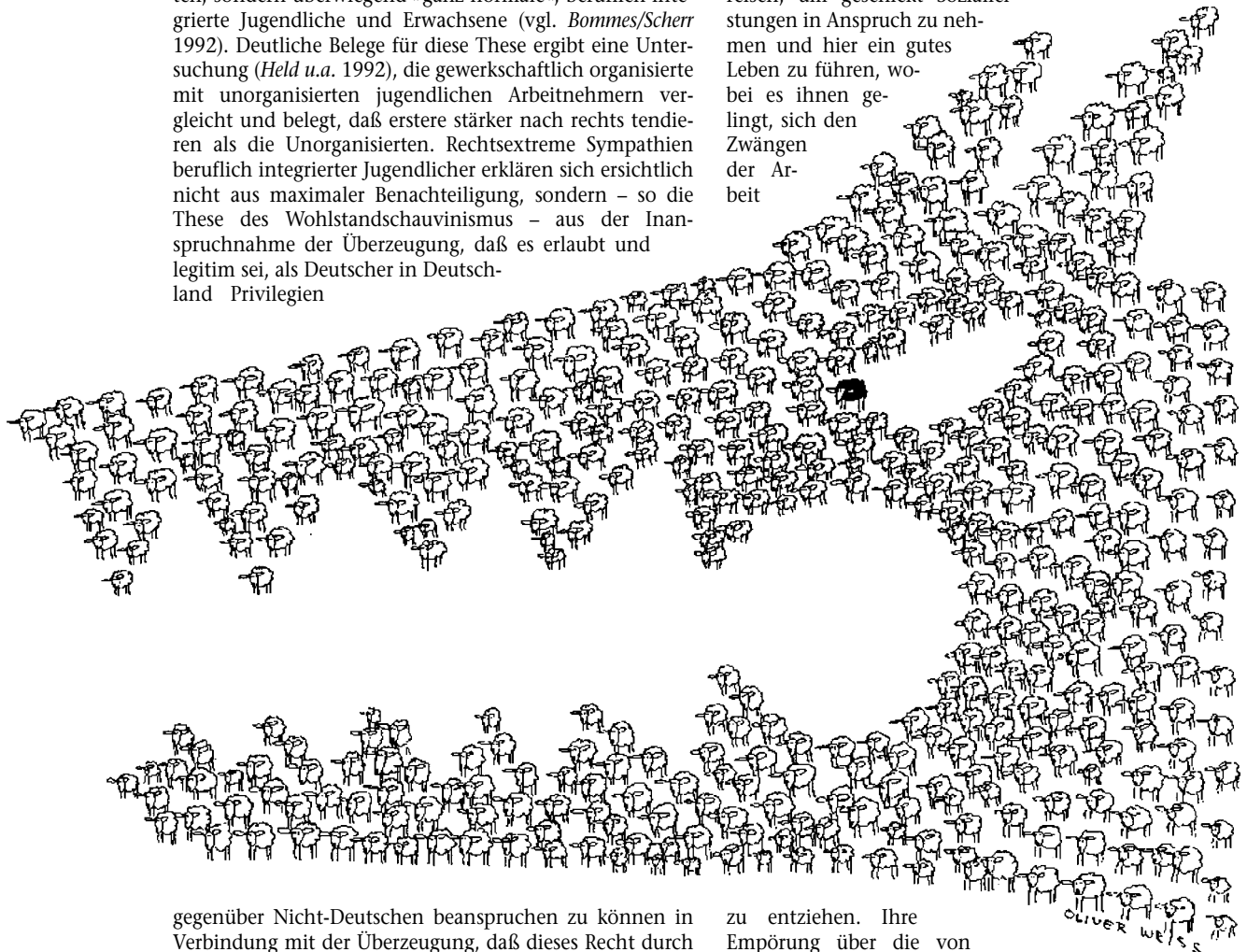
3.1. Wohlstandschauvinismus und Sozialparasitendiskurs

Rommelspacher hat 1991 in einer lesenwerten Polemik gegen Versuche, Rechtsextremismus als Protest der Benachteiligten zu interpretieren, eingewandt, daß diese Deutung schlecht mit der Empirie übereinstimmt. Denn die objektiv am stärksten Benachteiligten, Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger, sind bei den rechtsextremen Wählern und in

»Rechtsextremismus ist so betrachtet als Zuspitzung und Radikalisierung einer gesellschaftlich verbreiteten und weithin akzeptierten Fremdenfeindlichkeit zu analysieren«

Meinungsumfragen nicht und auch bei den polizeilich registrierten fremdenfeindlichen Gewalttätigen nicht allzu stark überrepräsentiert (siehe *Willems u.a.* 1993, S. 117 ff.). Vielmehr handele es sich, so Rommelspacher, ebenso wie *Held u.a.* (1992), um ein angemessener als »Wohlstandschauvinismus« zu bezeichnendes Syndrom, das heißt um den Glauben an das eigene Vorrecht als Deutscher auf Arbeitsplätze und Sozialleistungen in Deutschland, der die Diskriminierung von Einwanderern und Eingewanderten rechtfertigt und sich zu einer aggressiven Fremdenfeindlichkeit zuspitzen kann. Trägergruppe dieses Wohlstandschauvinismus seien nicht primär die objektiv Deklassierten, sondern überwiegend »ganz normale«, beruflich integrierte Jugendliche und Erwachsene (vgl. *Bommes/Scherr* 1992). Deutliche Belege für diese These ergibt eine Untersuchung (*Held u.a.* 1992), die gewerkschaftlich organisierte mit unorganisierten jugendlichen Arbeitnehmern vergleicht und belegt, daß erstere stärker nach rechts tendieren als die Unorganisierten. Rechtsextreme Sympathien beruflich integrierter Jugendlicher erklären sich ersichtlich nicht aus maximaler Benachteiligung, sondern – so die These des Wohlstandschauvinismus – aus der Inanspruchnahme der Überzeugung, daß es erlaubt und legitim sei, als Deutscher in Deutschland Privilegien

lichkeit und Affinitäten zu rechtsextremen Positionen in einer Weise begründen, die man als »Sozialparasitendiskurs« charakterisieren kann. Sie unterscheiden nicht einfach zwischen Ausländern und Deutschen als ungleichen Menschengruppen, sondern zwischen denjenigen, die ihren Unterhalt durch Arbeit verdienen, und denjenigen, die Trittbrettfahrer des Wohlstandes sind, den die erste Gruppe durch eigene Arbeit hervorbringt. Sie artikulieren ihre Unzufriedenheit mit der eigenen Lebenssituation als Wut gegen »Asylanten«, weil sie subjektiv davon überzeugt sind und aus den Massenmedien gelernt haben, daß diese »Wirtschaftsflüchtlinge« sind, die nach Deutschland einreisen, um geschickt Sozialleistungen in Anspruch zu nehmen und hier ein gutes Leben zu führen, wobei es ihnen gelingt, sich den Zwängen der Arbeit



gegenüber Nicht-Deutschen beanspruchen zu können in Verbindung mit der Überzeugung, daß dieses Recht durch die etablierten Parteien nicht angemessen durchgesetzt wird. Es bedarf dann keines geschlossenen rechtsextremen Weltbildes, damit Sympathie für rechtsextreme Positionen entsteht, sondern es bildet sich eine spezifische Affinität aus.

In der erwähnten qualitativen Untersuchung (*Scherr* 1995) haben wir versucht, das zugrundeliegende Deutungsmuster präziser zu beschreiben und seine Attraktivität zu verstehen. Wir haben jugendliche Auszubildende in einem Werk der Automobilindustrie befragt, in dem zum Zeitpunkt der Untersuchung betriebliche Umstrukturierungen in Gang waren, und deren Berufsperspektive nach Abschluß der Ausbildung noch unklar war. Dabei wurde deutlich, daß die Auszubildenden Fremdenfeind-

zu entziehen. Ihre Empörung über die von ihnen so genannten Asylanten verbindet sich zwar mit heterogenen Elementen traditioneller nationalistischer und auch rassistischer Ideologien. Ihre Fremdenfeindlichkeit basiert jedoch im Kern auf einer arbeitsgesellschaftlichen Moral, die das Recht auf ein gutes Leben an die Bereitschaft zur Arbeit bindet und in »Asylanten« – ganz im Unterschied zu ausländischen Kollegen – ein Objekt vorfindet, dessen Wahrnehmung als »Sozialparasiten« in der politischen und massenmedialen Öffentlichkeit vorbereitet wurde.

Es handelt sich also bei den befragten Jugendlichen – und das ist meines Erachtens der entscheidende Gewinn einer solchen Betrachtung – nicht um eine unspezifische und generalisierte Feindschaft gegen Ausländer, um klassische,

tradierte fremdenfeindliche Vorurteile und rassistische Überzeugungen, sondern um eine subjektiv rationale Form der Deutungen eigener Erfahrungen und Wahrnehmungen, die es ermöglicht, Unzufriedenheit mit der eigenen Lebenssituation zur Sprache zu bringen. Für die Jugendlichen stellt es sich als ein Problem dar, daß sie selbst arbeiten müssen und dabei vergleichsweise wenig Geld verdienen, während andere vermeintlich Geld ohne Gegenleistung erhalten und deshalb ein bequemes Leben führen können. Sie empfinden sich im Verhältnis zu den Flüchtlingen als Benachteiligte und äußern vor diesem Hintergrund Sympathie mit denjenigen, die entschieden gegen »Asylanten« vorgehen.

Um dies zu verstehen ist es zum einen wichtig, sich klar zu machen, daß die befragten Jugendlichen (es handelt sich um Lehrlinge in der Automobilindustrie) sich ohnehin als relativ Benachteiligte gegenüber den akademisch gebildeten Berufsgruppen empfinden, die in ihrer Sicht für weniger mühsame Arbeit erheblich mehr Geld verdienen. Zweitens ist ihre Wahrnehmung der etablierten Politik von der Erfahrung geprägt, daß ihre Interessen dort nicht zur Sprache kommen, daß Politiker eine Sprache sprechen, die nicht die ihre ist, und das politische Geschäft sich über ihren Köpfen vollzieht. »Es gibt eben Leute, die machen Politik, und es gibt Leute, die arbeiten«, so formulierte einer der Auszubildenden. Drittens – und dies wurde auch im Kontext der wissenschaftlichen Begleitung eines Modellprojektes der Jugendbildungsarbeit mit HauptschülerInnen deutlich (siehe Scherr 1995a) – sind sie für massenmedial verbreitete Vorurteile und Feindbilder auch deshalb sehr empfänglich, weil sie über keine entwickelten Kenntnisse bezüglich der Ursachen von Migration und Flucht verfügen, also nicht mit einer politischen Bildung ausgestattet sind, die sie zu einem differenzierten Verständnis gesellschaftlicher Vorgänge befähigt hätte.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß Fremdenfeindlichkeit und rechtsextreme Sympathien beruflich integrierter Jugendlicher so betrachtet kein bloß ideologisch begründeter Wohlstandschauvinismus sind, sondern als eine ihnen gesellschaftlich angebotene Form zu analysieren sind, die es ihnen erlaubt, ihre Unzufriedenheit mit ihrer Lebenssituation zum Ausdruck zu bringen und sich als Arbeiterjugendliche darzustellen, die ihren Anspruch auf einen gerechten Anteil an den gesellschaftlichen Leistungen gegenüber denjenigen verteidigen, die sich ihnen – vor dem Hintergrund entsprechender massenmedialer Botschaften – als »Wirtschaftsflüchtlinge« und »Sozialparasiten« darstellen. Fremdenfeindlichkeit resultiert hier nicht aus Individualisierung und auch nicht unmittelbar aus autoritären Charakterstrukturen, sondern stellt sich als eine Form politischer Bewußtseinsbildung von Jugendlichen dar, die sich als relativ benachteiligte Mitglieder der sich modernisierenden Gesellschaft wahrnehmen. Wer diesen Jugendlichen Flüchtlinge und Einwanderer als Bedrohung und illegitime Konkurrenten um Arbeitsplätze und Sozialleistungen anbietet, kann nicht kontrollieren, daß sie entsprechende Angebote in Richtung auf rechtsextreme Überzeugungen radikalisieren.

3.2. Subkultureller Rechtsextremismus als demonstrative Abwehr von Modernisierungszumutungen

Die Grenzen zwischen einem gesellschaftlich akzeptierten Wohlstandschauvinismus und dem organisierten Rechtsextremismus sind fließend. Auch prominente Vertreter eta-

blierter Parteien waren und sind bemüht darzustellen, daß sie sich verpflichtet sehen, Vorrechte von Deutschen gegenüber Flüchtlingen und Arbeitsmigranten durchzusetzen und dazu etwa – so im aktuellen Bundestagswahlkampf – »kriminelle Ausländer« entschiedener zu bekämpfen. Gleichwohl gelingt es ihnen nicht, das rechtsextreme Potential vollständig zu binden, die Entwicklung eines parteipolitisch organisierten Rechtsextremismus und einer rechtsextremen Jugendsubkultur zu verhindern. Meine bisherige Argumentation kann dies nicht zureichend erklären. In der bundesdeutschen Diskussion ist diesbezüglich vor allem die Argumentation einflußreich, daß subkulturelle Gruppenbildung eine Reaktion auf Individualisierungszumutungen seien, eine Suche nach Gewißheit, Zugehörigkeit und Anerkennung in der Gemeinschaft der subkulturellen Gruppe (Heitmeyer 1989 und 1992). Selbst wenn man der Individualisierungsthese zustimmt, kann so die spezifische Attraktivität einer rechtsextremen Subkultur nicht erklärt werden, sondern nur generell das Bedürfnis jugendlicher nach sozialer Gemeinschaften in der Gleichaltrigen-gruppe. Es handelt sich insofern um eine übergeneralisierende Erklärung, die zudem den Zusammenhang von Rechtsextremismus mit Strukturen sozialer Ungleichheit und Prozessen gesellschaftlicher Deklassierung ignoriert.

Demgegenüber wurde bereits in den Studien der englischen Centre for Contemporary Cultural Studies in den 70er Jahren ein alternatives und meines Erachtens nach wie vor hoch aktuelles Erklärungsmodell entwickelt (siehe vor allem Willis 1977; Clarke u.a. 1979; Bohnsack u.a. 1995). Gegenstand der Untersuchungen war das Verhalten von Arbeiterjugendlichen in Schule und in der Freizeit sowie die Entstehung von Jugendsubkulturen, unter anderem der Skinheads subkultur. Ausgangspunkt war die Frage, wie es den Arbeiterjugendlichen gelingt, den durch die Krise und den Umbau der Ökonomie verursachten gesellschaftlichen Niedergang ihrer Stammkultur, der englischen Industriearbeiterkultur, zu bewältigen, das heißt sich als Arbeiterjugendliche in eine Gesellschaft einzuordnen, in der die Nachfrage nach Industriearbeitern und die Wertschätzung körperlicher Arbeit sich erheblichen reduzieren. Das Interesse galt dabei insbesondere derjenigen Teilgruppe, die sich den Modernisierungszumutungen verweigert, also nicht darauf setzt, durch gute Qualifikationen Zugang zu einer Mittelschichtsexistenz zu finden. Willis hat in seiner klassischen Studie »Learning to labour« (1977) herausgearbeitet, daß die oppositionellen Jugendlichen sich eine Gegenkultur schaffen, deren zentrales Merkmal die Ablehnung und Verachtung der Werte der Mittelschichtskultur ist. Ein positiver Bezugspunkt dieser Gegenkultur ist die traditionelle Männlichkeitskultur der Industriearbeiterklasse. Als deren Kernelemente werden die Abwehr der Zumutungen und Anforderungen des Bildungssystems, ein positives Verhältnis zu körperlicher Arbeit und zu physischer Konfliktaustragung, Sexismus im Verhältnis zu Frauen und aggressiver Nationalismus im Verhältnis zu Ausländern analysiert. Die subkulturelle Identität der Arbeiterjugendlichen greift diese Elemente auf und vollzieht zugleich eine Umwertung der Werte der gebildeten Mittelschichten, erklärt das zum Wert, was diese verachten, worüber man selbst verfügen und worauf folglich als Mittel der Abgrenzung zurückgegriffen werden kann: rohe und starke Körperlichkeit, Mut, Verachtung von Kopfarbeit und Intellektuellen, maskuliner Sexismus und Rassismus. Es handelt sich um einen soziokulturellen Protest von Modernisierungsverlierern gegen die Zumutungen der Moderne, das heißt gegen Anforder-

»Wer diesen Jugendlichen Flüchtlinge und Einwanderer als Bedrohung und illegitime Konkurrenten um Arbeitsplätze und Sozialleistungen anbietet, kann nicht kontrollieren, daß sie entsprechende Angebote in Richtung auf rechtsextreme Überzeugungen radikalisieren«

rungen, die einen selbst als Verlierer definieren, um eine Form der soziokulturellen Selbstbehauptung also, die auf Traditionen der Diskriminierungen zurückgreift.

Nun kann man die Perspektive und die Ergebnisse der englischen Forschung der 70er Jahre zweifellos nicht unmittelbar für die Interpretation von Prozessen in der Bundesrepublik der 90er Jahre beanspruchen. Gleichwohl aber – das zeigen u.a. die aktuellen Studien von *Farin u.a.* (1993) über Skinheads, von *Bohnsack* über Hooligans (1995) – lassen sich deutliche Parallelen, sowohl auf der Ebene der Ursachen als auch hinsichtlich der subkulturellen Stil- und Ausdrucksformen, nachweisen: Auch in der Bundesrepublik der 90er Jahre findet ein Prozeß der Deklassierung statt. Jugendliche aus sogenannten bildungsfernen Familien sind in der Bundesrepublik mit einer Situation konfrontiert, die ihnen mitteilt, daß Arbeitsplätze und Ausbildungsstellen knapp und denen vorbehalten sind, die über gute formale Qualifikationen verfügen. In Reaktion darauf entwickeln sich maskulin dominierte Jugendkulturen, deren vorgezeigte Körperlichkeit und Gewaltbereitschaft, durch Kleidung und Haartracht demonstrierte Ablehnung der Normen der sozial Angepaßten usw. sich gut als Abgrenzungen von der Mittelschichtskultur deuten lassen, eine Abgrenzung, die bei einem Teil der Angehörigen dieser Subkulturen auch die Ablehnung der politischen Kultur der Mittelschichten umfaßt. Daß dies bei einigen in der Form eines rechtsextremen Protestes geschieht, verweist – worauf ich einleitend hingewiesen habe – auf eine politische Kultur, in der »Ausländer« zum zentralen Symbol für die bedrohlichen Aspekte der gesellschaftlichen Modernisierung erklärt wurden.

4. Rechtsextreme Jugendgewalt

Abschließend möchte ich noch knapp auf die Frage nach der Ursachen rechtsextremer Jugendgewalt eingehen. Meine diesbezügliche, neueren Untersuchungen über Gangs in US-amerikanischen Großstädten (siehe *Anderson 1990; Jankowski 1991*) sowie Studien über Männlichkeit und Kriminalität (siehe *Kersten 1993; Messerschmidt 1993*) entnommene These lautet: Die Entstehung subkultureller Jugendgewalt ist immer dann wahrscheinlich, wenn sich als machtlos und sozial randständig empfindende männliche Jugendliche sich als Beschützer ihrer Eigengruppe vor einer Bedrohung darstellen und dabei auf gesellschaftlich verfügbare Rechtfertigungsnormen zurückgreifen können. Die von marginalisierten männlichen Jugendlichen ausgeübte Gewalt stellt sich so betrachtet als eine Form der Darstellung und Bewerkstelligung von Männlichkeit dar, die ein als positiv betrachtetes Merkmal hegemonialer Männlichkeit, nämlich die Fähigkeit, die Eigengruppe vor bedrohlichen Fremden zu beschützen, in einer sozial unerwünschten Weise realisiert.

Diese Überlegung läßt sich nun unschwer für eine Analyse rechter Jugendgewalt in der Bundesrepublik fruchtbar machen. Zunächst möchte ich sie jedoch etwas differenzieren und erläutern:

(1) Gewalt läßt sich sozialpsychologisch als Reaktion auf Erfahrungen eigener Ohnmacht deuten, als ein Mittel der Selbstbehauptung und Durchsetzung, das dann attraktiv wird, wenn subjektiv keine anderen Mittel zur Verfügung stehen (siehe *Schmidtchen 1997, S. 224*). Gewalt verweist also auf Situationen umfassender sozialer Benachteiligung, in denen gewaltförmige Selbstbehauptung und Durchsetzung sich als die einzige Alternative zu Resignation darstellen kann.

(2) Subkulturelle Gruppen mit hoher Gewaltbereitschaft entstehen, so *Bohnsack u.a.* (1995, S. 29), wenn »Respekt und Anerkennung weder durch die milieuspezifisch fundierte gesellschaftliche Stellung noch durch beruflichen Aufstieg gesichert werden können« (*Bohnsack u.a. 1995, S. 29*). Gewalt ist so betrachtet Ausdruck der Suche nach gesellschaftlicher Anerkennung und als solches insbesondere in männlich dominierten Subkulturen erfolgreich, in denen Gewaltfähigkeit – und eben nicht Sprachfähigkeit, Einfühlungsvermögen oder Bildung – zum Kriterium der Zugehörigkeit und des wechselseitigen Respekts erklärt wird. Es handelt sich bei solchen Subkulturen um Gegenkulturen, die in Reaktion auf Erfahrungen des Scheiterns an den Erfolgskriterien der gesellschaftlich dominanten Kultur entstehen.

(3) Es handelt sich bei subkultureller Gewalt, die als Mittel des Schutzes der Eigengruppe vor einer Bedrohung eingesetzt wird, in einem spezifischen Sinne um männliche Gewalt: Männern wurde und wird gesellschaftlich die Rolle des Beschützers der Familie, des lokalen Territoriums usw. zugewiesen. Illegale Gruppierungen rücken dann in diese Rolle ein, wenn den staatlichen Organen der Gewaltkontrolle die hinreichende Ausübung dieser Beschützerfunktion nicht mehr zugetraut wird, wenn also – dies zeigt sich deutlich im Fall der US-amerikanischen Gangs – ein kollektives Bedürfnis entsteht, dessen Ausübung an jugendliche Gangs delegiert wird. Gangs und Banden handeln dann in dem Gefühl, im Interesse ihrer Eigengruppe zu handeln und von dieser prinzipiell unterstützt zu werden.

(4) Ein zentrales Ergebnis der sozialpsychologischen Gewaltforschung lautet: »Die Verfügbarkeit von Rechtfertigungsnormen und -werten erleichtert und ermutigt den Gebrauch von Gewalt« (*Schmidtchen 1997, S. 228*). Gewalt richtet sich nicht auf beliebige Objekte, sondern auf solche, bei denen man davon ausgehen kann, daß es erlaubt und geboten ist, sie zu bekämpfen.

Mit diesen allgemeinen Aspekten läßt sich die Konstellation gut beschreiben, die zur Entstehung rechtsextremer fremdenfeindlicher Jugendgewalt beiträgt: Die gesellschaftliche Entwicklung stattet einen Teil der Jugendlichen mit Erfahrungen der Randständigkeit und der Ohnmacht aus. Einwanderer werden als eine Bedrohung der über das Kriterium der Nationalität definierten Eigengruppe dargestellt und die Notwendigkeit betont, sich vor ihnen zu schützen, also Rechtfertigungsnormen bereitgestellt. Damit kann es für Jugendliche, denen mitgeteilt wird, daß sie einer überflüssigen Generation angehören, daß ihre Fähigkeiten und Qualifikationen nicht gebraucht werden und denen somit soziale Wertschätzung versagt bleibt, attraktiv werden, sich mit den ihnen verfügbaren Mittel als Beschützer der Eigengruppe vor den »gefährlichen Fremden« darzustellen und so eine Funktion einzunehmen, die ihnen gesellschaftliche Bedeutung und Aufmerksamkeit verschafft. Dabei geraten sie in einen Teufelskreis, den *Schmidtchen* (1997, S. 224) wie folgt beschreibt: »Machtlose stützen sich eher auf Gewalt, um etwas zu erreichen.« Wer mit Gewalt situativ Erfolg hat, wird jedoch nur begrenzt bewundert, sondern zieht zugleich soziale Verachtung auf sich, wird zum gesellschaftlichen Außenseiter erklärt. Damit aber »wird er umso mehr auf Gewalt verwiesen. Der circulus vitiosus ist etabliert«.

5. Was ist zu tun?

Abschließend möchte ich mich noch kurz der Frage zuwenden, was zu tun ist. Meines Erachtens mangelt es nicht

»Die Entstehung subkultureller Jugendgewalt ist immer dann wahrscheinlich, wenn sich als machtlos und sozial randständig empfindende männliche Jugendliche sich als Beschützer ihrer Eigengruppe vor einer Bedrohung darstellen und dabei auf gesellschaftlich verfügbare Rechtfertigungsformen zurückgreifen können«

primär an Wissen über Ursachen und Erscheinungsformen von Gewalt und Rechtsextremismus bei Jugendlichen, sondern wir sind vergleichsweise gut informiert; weitere Forschung wird wohl keine grundlegend neuen Einsichten mehr erbringen. Erforderlich ist deshalb nicht vorrangig weitere Forschung, sondern sind eine Arbeitsmarkt-, Sozial- und Jugendpolitik sowie eine Jugendpädagogik, die allen Jugendlichen eine für sie akzeptable Lebensperspektive anbietet, sie mit einem Wissen ausstattet, das sie zum Verständnis ihrer gesellschaftlichen Lebenssituation befähigt und die entschieden gegen Feindbilder und Vorurteile angeht. Um einen bekannten deutschen Philosophen zu paraphrasieren: Die Forscher haben die Situation der Jugend interpretiert; es kommt darauf an, sie zu verändern.

Prof. Dr. Albert Scherr lehrt am Fachbereich Sozialwesen der Fachhochschule Darmstadt

Anmerkung

Leicht gekürzte Fassung des Vortrags bei der Tagung »Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit«, 22.–25.10.1998 in Greifswald, der in dem entsprechenden Tagungsband, hrsg. von F. Dünkel, B. Geng, Forum-Verlag, im Sommer 1999 erscheinen wird.

Literatur

- Anderson, E.: Streetwise. Race, Class and Change in an Urban Community. University of Chicago Press 1990.
- Beck, U.: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt 1986.
- Birsl, U.: Rechtsextremismus: weiblich – männlich? Eine Fallstudie. Opladen 1995.
- Bohnsack, R., u.a.: Die Suche nach Gemeinsamkeit und Gewalt in der Gruppe. Opladen 1995.
- Bommes, M., Scherr, A.: Rechtsextremismus: Ein Angebot für ganz gewöhnliche Jugendliche. In: J. Mansel (Hrsg.): Reaktionen Jugendlicher auf gesellschaftliche Bedrohungen. Weinheim und München 1992, S. 210–227.
- Butterwegge, C.: Entwicklung, gegenwärtiger Stand und Perspektiven der Rechtsextremismusforschung. In: Butterwegge, C., u. a. (Hrsg.): Rechtsextremisten in Parlamenten. Opladen 1997, S. 9–54.
- Bundesamt für Verfassungsschutz: Rechtsextremismus – ein Lagebild. Wiesbaden 1998.
- Clarke, J., u. a.: Jugendkultur als Widerstand. Frankfurt 1979.
- Eckert, R., Willems, H., Würtz, S.: Erklärungsmuster fremdenfeindlicher Gewalt im empirischen Test. In: Falter u. a. 1996, S. 152–167.
- Falter, J. W., Jaschke, H.-G., Winkler, J. R. (Hrsg.): Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung. Opladen 1996.
- Farin, K.: Skinheads. München 1993.
- Forschungsgruppe Wahlen: Wahl in Sachsen-Anhalt. Mannheim 1998.
- Gessenharter, W.: Die intellektuelle neue Rechte und die neue radikale Rechte in Deutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 1998, H. B 9–10, S. 20–26.
- Heitmeyer, W.: Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen. Weinheim und München 1987.
- Heitmeyer, W.: Jugend, Staat und Gewalt in der politischen Risikogesellschaft. In: Heitmeyer, W., Möller, K., Sünker, H. (Hrsg.): Jugend – Staat – Gewalt. Weinheim und München 1989.
- Heitmeyer, W., u.a.: Die Bielefelder Rechtsextremismus-Studie. Weinheim und München 1992.
- Heitmeyer, W. (Hrsg.): Was treibt die Gesellschaft auseinander? Frankfurt 1997.
- Heitmeyer, W. (Hrsg.): Was hält die Gesellschaft zusammen? Frankfurt 1997a.
- Held, J., Horn, H.-W., Marvakis, A.: Projekt Politische Orientierungen jugendlicher ArbeitnehmerInnen. Tübingen 1994 (Institut für Erziehungswissenschaften I).
- Held, J., u.a.: »Du mußt so handeln, daß Du Gewinn machst ...«. Düsseldorf 1992.
- Hennig, E.: Demokratieunzufriedenheit und Systemgefährdung. In: Heitmeyer, W. (Hrsg.): Was treibt die Gesellschaft auseinander? Frankfurt 1997, S. 156–195.
- Jankowski, M. S.: Islands in the Street. University of California Press 1991.
- Jaschke, H.-G.: Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Opladen 1994.
- Kersten, J.: Männlichkeitsdarstellungen in Jugendgangs. In: Otto, H.-U., Merten, R. 1993, S. 227–236.
- Lederer, G., Schmitt, P. (Hrsg.): Autoritarismus und Gesellschaft. Opladen 1995.
- Messerschmidt, J. W.: Masculinities and Crime. Rowman & Littlefield 1993.
- Minkenberg, M.: Die Neue Radikale Rechte im Vergleich. USA, Frankreich, Deutschland. Opladen 1998.
- Oesterreich, D.: Autoritäre Persönlichkeit und Gesellschaftsordnung. Weinheim und München 1993.
- Otto, H.-U., Merten, R. (Hrsg.): Rechtsradikale Gewalt im vereinigten Deutschland. Opladen 1994.
- Parsons, T.: Demokratie und Sozialstruktur in Deutschland vor der Zeit des Nationalsozialismus. In: Parsons, T. (Hrsg.): Beiträge zur soziologischen Theorie. Neuwied 1964, S. 256–282.
- Rommelspacher, B.: Rechtsextreme als Opfer der Risikogesellschaft. Zur Täterentlastung in den Sozialwissenschaften. In: 1999, Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts 6. (1991), Heft 2, S. 75–87.
- Rommelspacher, B.: Männliche Gewalt und gesellschaftliche Dominanz. In: Otto, H.-U., Merten, R. 1993, S. 200–210.
- Rommelspacher, B.: Dominanzkultur. Berlin 1995.
- Scherr, A.: Soziale Identitäten Jugendlicher. Opladen 1995.
- Scherr, A.: Jugendbildungsarbeit gegen Fremdenfeindlichkeit und Gewalt. In: Schacht, K., Leif, T., Jannssen, H. (Hrsg.): Hilflos gegen Rechtsextremismus? Köln 1995a, S. 230–256.
- Scherr, A.: Zum Stand der Forschung über Jugend und Rechtsextremismus. In: Falter, J. W., Jaschke, H.-G., Winkler, J. R. (Hrsg.): Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung. Opladen 1996, S. 97–120.
- Scherr, A.: Individualisierung und gesellschaftliche Desintegration. In: Gegenwartskunde, H. 2, 1998, S. 155–168.
- Schmidtchen, G.: Wie weit ist der Weg nach Deutschland? Sozialpsychologie der Jugend in Ost und West. Opladen 1997.
- Silbereisen, R. K., VASKOVICS, L. A., ZINNECKER, J. (Hrsg.): Jungs-ein in Deutschland. Opladen 1996.
- Silbermann, A., HÜSERS, F.: Der »normale« Haß auf die Fremden. München 1995.
- Siller, G.: Frauen und Rechtsextremismus. In: Kowalsky, W., Schröder, W. (Hrsg.): Rechtsextremismus. Einführung und Forschungsbilanz. Opladen 1994, S. 143–159.
- Vester, M.: Kapitalistische Modernisierung und gesellschaftliche (Des-)Integration. In: Heitmeyer, W. (Hrsg.): Was hält die Gesellschaft zusammen? Frankfurt 1997, S. 149–206.
- Vester, M., u.a.: Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Köln 1993.
- Weiß, R.: Rechtsextremismus und vierte Gewalt. In: Soziale Welt 1994, S. 480–504.
- Wellenreuther, M.: Willkommen, Mr. Chance. In: Zeitschrift für Pädagogik, 43, 1997, S. 321–332.
- Willems, H. S., Würtz, S., Eckert R.: Fremdenfeindliche Gewalt: Eine Analyse von Täterstrukturen und Eskalationsprozessen. Bonn 1993.
- Willis, P.: Spaß am Widerstand. Gegenkultur in der Arbeiterschule. Frankfurt 1977.